



Regierungsratsbeschluss vom 18. August 2020

Ratschlag «Erneuerung der Staatsbeiträge an acht Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2021 bis 2024»

P200718

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein Budget- und Schuldenberatung Basel, Fachstelle Plusminus betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 1'200'000 (Fr. 300'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
3. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Gassenarbeit Schwarzer Peter betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 1'080'000 (Fr. 270'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
4. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein Gassenküche Basel betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 720'000 (Fr. 180'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
5. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein IG Wohnen betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 2'312'000 (Fr. 578'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
6. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und der Genossenschaft Overall (Projekt Wörking – Soziale Arbeitsvermittlung für Zeitarbeit) betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 400'000 (Fr. 100'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
7. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein Treffpunkt Glaibasel betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 400'000 (Fr. 100'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.

tung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 334'000 (Fr. 83'500 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.

8. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein Treffpunkt Gundeli betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 304'000 (Fr. 76'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.
9. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, und dem Verein Winterhilfe Basel betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe von insgesamt Fr. 200'000 (Fr. 50'000 pro Jahr) für die Jahre 2021-2024.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, für acht verschiedene Trägerschaften, die im Bereich Armut und Überlebenshilfe tätig sind, Staatsbeiträge von insgesamt 6'550'000 Franken (1'637'500 Franken pro Jahr) für die Jahre 2021-2024 zu bewilligen. Die acht Trägerschaften sind: Verein Budget- und Schuldenberatung Basel (Fachstelle Plusminus), Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter, Verein Gassenküche Basel, Verein IG Wohnen, Genossenschaft Overall (Projekt Wörking, Soziale Arbeitsvermittlung für Zeitarbeit), Verein Treffpunkt Glai Basel, Verein Treffpunkt Gundeli, Verein Winterhilfe Basel. Gegenüber den heutigen Staatsbeiträgen ergibt sich eine geringfügige Erhöhung von 57'500 Franken pro Jahr. Diese Anpassung trägt dem ausgewiesenen Mehraufwand Rechnung im Zusammenhang mit Leistungen, die im Interesse des Kantons liegen: gestiegene Beratungszahlen bei der Schuldenberatung Plusminus, gestiegene Gästezahlen bei der Gassenküche, Fortführung der Praktikumsstelle im Treffpunkt Glai Basel und höhere Mietkosten aufgrund des notwendigen Umzugs in grössere Räumlichkeiten bei der Winterhilfe.

